
FDP Kronberg im Taunus

BÜRGERMEISTER WILL SOZIALES STREICHEN

13.02.2026

In unserem schönen Kronberg kommt man nicht gleich auf die Idee, dass die Stadt etwa mit Geldmangel zu kämpfen hat oder in Klartext: die Kronberger Finanzen sind auf Kante genäht. 2025 hat Kronberg ein hohes Defizit und der Plan der kommenden Jahre ist stark negativ, so dass hohe Schulden aufgenommen werden müssen.

Vor diesem Hintergrund hatte die Stadtverordnetenversammlung die Reißleine gezogen und beschlossen, dass die Verwaltung Ihre Sachausgaben nicht einfach um 15% erhöhen kann, sondern Maß halten muss. Trotzdem kann der Bürgermeister 2026 immer noch deutlich mehr (7,4%) Geld ausgeben, als er 2025 für seine Aufgaben gebraucht hat, selbst wenn bei den Ausgaben fürs laufende Jahr 2 % einspart werden. Es geht also nicht um eine Kürzung, sondern lediglich um eine geringere Ausgabensteigerung.

In Königstein wurde der gleiche Beschluss gefasst wie in Kronberg, nämlich die zu hoch geplanten Ausgaben um 2% zu reduzieren. Doch statt wie in Königstein, wo die Verwaltung damit begonnen hat, Ausgaben nachhaltig auf den Prüfstand zu stellen, legt in Kronberg der Bürgermeister - um kurz vor der Kommunalwahl politische Empörung zu erzeugen - eine Liste mit kleinen Grausamkeiten vor.

Diese fragliche Aufzählung an Maßnahmen wie z.B. Kürzungen bei Vereinen, Jugend, Ehrenamt und Stadtbild hat nicht einmal der Magistrat zugestimmt (was sonst usus ist). Warum auch, denn letztes Jahr konnten sich die Stadt das ja mit einem kleineren Budget(!) auch leisten?

Zukunftweisender wäre es, wenn der Bürgermeister daran arbeiten würde, die Stadt effizienter zu machen. Kronberg sollte gewappnet ist, falls die Steuereinnahmen zu niedrig ausfallen oder die Wirtschaft schwächelt, damit wir nicht eines Tages wirklich Ausgaben streichen müssen, etwa für das Waldschwimmbad oder die Stadtbücherei.

Leider wird der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung missbraucht, der nach ernsthafter Beratung und mit großem Verantwortungsbewusstsein beschlossen wurde.

Die FDP wird die Bürgermeistervorlage klar ablehnen.